Nummer 253

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe • Preis 10 Pfennig. 73. Jahrgang. Sonnabend, 2. Juni 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis. Praxis des Arbeitsrechts. Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten

Für Manuskripte keine Verantwortung | Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Tägler, Kunst und Wissenschaft: Hans Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Rentner, Inseratenteil: Christian Hagen, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlags-Akt.-Ges., m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5.— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postüberweisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 franz. Francs, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinare, Oesterreich 36 Schillinge, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Zusammentritt der neuen französischen Kammer.

Eine deutschfeindliche Eröffnungsrede.

TU **Paris**, 1. Juni.

Die 14. Kammerperiode ist am heutigen Freitag unter großem Andrang des Publikums eröffnet worden. Auf der Ministerbank saßen Poincaré, Barthou, Briand, Tardieu, Leygues, Herriot und Bokanowski. Begleitet von den jüngsten Deputierten als Sekretäre betrat Alterspräsident Sibille (Entsprechpublikaner) unter dem gewohnten militärischen Gepränge um 15 Uhr den Saal. In längerer Rede hieß er zunächst die Deputierten willkommen. Ohne Zaudern, so erklärte er weiter, müßten die endgültigen Lösungen für die durch den Krieg, der Europa umgestürzt und die Welt verwirrt habe, aufgeworfenen Probleme gefunden werden. Sibille ließ es im weiteren Verlauf seiner Ausführungen nicht an mehreren

Seitenhieben gegen Deutschland

fehlen, so, als er auf die von Frankreich aufgenommenen ausländischen Anleihen hinwies und dabei von dem „langen und blutigen Kampf, den ihm Deutschland am 2. August 1914 aufgezwungen habe", sprach. Bei Erwähnung der Rückzahlung der Kriegsschulden erklärte Sibille, man habe zu Anleihen und zu Steuern greifen müssen, da Deutschland nicht die Zahlungen geleistet habe, die man gerechterweise nach dem Versailler Vertrag von ihm erhoffte (!). Der Alterspräsident ging dann auf die zahlreichen Regierungskrisen ein, die im Verlauf der letzten Jahre neunmal einen Wechsel im Finanzministerium herbeigeführt hätten, und kam weiter auf die Bildung des Kabinetts der nationalen Einigung zu sprechen. Ministerkrisen müßten vermieden werden, da das von Poincaré eingeleitete finanzielle Werk noch nicht vollendet sei. Der Redner ließ seine Worte mit der Ueberzeugung ausklingen, daß Frankreich den Lauf seiner glorreichen Bestimmung in einem Europa wieder aufnehmen werde, in dem der Friede durch Verträge garantiert sei, die niemand mehr zu verletzen wagen dürfte.

Nach Auslosung der Wahlprüfungskommission wurde die Sitzung dann auf Montag nachmittag vertagt. Am Montag werden voraussichtlich die Wahlen des Kammerpräsidenten und des Kammerbureaus erfolgen. Die Wiederwahl des Sozialisten Bouisson zum Kammerpräsidenten scheint gesichert zu sein.

Ein Kammerausschuß „zum Studium der deutsch-französischen Fragen".

In der Kammer hat sich eine parlamentarische Gruppe zum Studium der französisch-deutschen Fragen gebildet, deren Ehrenvorsitz Außenminister Briand und Paul-Boncour übernommen haben. Zum Präsidenten des Direktionsausschusses, dem u. a. die Abgeordneten Anthériou, Chabrun, Frot, Lamoureux, Uhry, angehören, wurde Le Trocquer bestimmt. Die Gruppe wird demnächst eine Sitzung abhalten, um ihren Arbeitsplan festzusetzen.

Ernennung Loucheurs am Sonnabend.

Die offizielle Ernennung Loucheurs zum Nachfolger des Arbeitsministeriums Falliéres wird im Ministerrat am Sonnabend erfolgen. Am Mittwoch hatte Poincaré eine Unterhaltung mit Loucheur, in deren Verlauf er ihm das Portefeuille für die Arbeit antrug, was Loucheur schließlich annahm. Aufgabe des neuen Ministers wird die Durchführung des Sozialversicherungsgesetzes und eines ausgedehnten Bauprogramms sein.

Italiens Mittelmeerdemonstration.

Das Luftgeschwader in Marseille.

EP **Paris**, 1. Juni.

Die 61 Wasserflugzeuge der italienischen Marine, die unter Führung des Marquis de Pinedo auf einem Rundflug über das westliche Mittelmeer begriffen sind, trafen heute aus Spanien kommend in Marseille ein. Die Flieger wurden nach der Landung unter den Klängen des italienischen Königsmarsches und der Marseillaise durch die Vertreter der französischen Marine, der Stadtverwaltung, des Aeroklubs und zahlreicher anderer Organisationen begrüßt. Bei dem sich anschließenden Bankett wurde in Trinksprüchen gegenseitig der Patriotismus der beiden Nationen gefeiert.

Ein bezeichnendes Gegenstück.

EP **Mailand**, 1. Juni.

Nach einem Bericht des „Corriere della Sera" aus Aosta hat der faschistische Bürgermeister jener Stadt das auch als Amtssprache gebräuchliche Französisch durch das Italienische ersetzt. Während seit Menschengedenken alle Gemeinde-, Zivil-, Straf- und Gerichtsurkunden in französischer Sprache abgefaßt wurden, die im Gebiete, besonders unter den besseren Ständen noch allgemein gebräuchlich ist, dürfen sie jetzt nur in italienischer Sprache abgefaßt werden.

Die vorliegende Zeitung enthält die Beilage

Der deutsche Beamte

(Nr. 22)

Beredtes Schweigen des Zentrums.

Keine Entlastung der Sozialdemokratie von der Verantwortung.

Die Beratungen des erweiterten Reichsparteivorstandes des Zentrums wurden gestern abend beendet. In einem parteioffiziösen Bericht über die Sitzung wird betont, daß die Tagung nicht einberufen worden sei, um die Regierungsbildung zu erörtern, vielmehr habe sie sich lediglich mit internen Parteifragen und den Lehren befaßt, die für die Zentrumspartei aus dem Ergebnis der Wahlen zu ziehen seien. Die Bedeutung der Wahlschlappe des Zentrums sei nicht verkannt worden, doch sei der Hoffnung Ausdruck gegeben worden, daß nicht nur der Verlust eingeholt werden könne, sondern daß es gelingen müsse, der Partei einen neuen Aufschwung zu geben. Zur weiteren Erörterung; all dieser Fragen sei die Einberufung eines Parteitages beschlossen worden, dessen Zeit und Tagungsort noch bestimmt werden soll.

Der Hauptnachdruck dieses offiziösen Berichtes liegt zweifellos in der Erklärung, daß der Parteivorstand nicht einberufen worden sei, um die Regierungsbildung zu erörtern. Damit ist noch nicht gesagt, daß dieses Thema im Laufe der Verhandlungen überhaupt nicht berührt worden ist. Man kann vielmehr ruhig annehmen, daß dies wohl der Fall gewesen ist. Wenn der Zentrumsbericht trotzdem die oben wiedergegebene Fassung erhalten hat, so unstreitig nur zu dem Zweck, um den schon wiederholt in der Presse vertretenen Standpunkt, daß das Zentrum diesmal nicht daran denkt, die Initiative in der Regierungsbildung zu ergreifen, sondern die Dinge an sich herankommen lassen will, noch besonders zu unterstreichen. In dem Schweigen des Zentrums zu allem, was die Regierungsbildung angeht, liegt eine bewußte Demonstration an die Adresse der Sozialdemokraten. Das Zentrum gibt damit der Sozialdemokratie nun auch offiziell zu verstehen, daß es ihr nicht nur die Verantwortung für die Regierungsbildung nicht abnehmen, sondern darüber hinaus auch nichts tun will, was die Position der Sozialdemokratie erleichtern könnte. Als eine Zustimmung des Zentrums zu der von Herrn Löbe vorgestern dem Reichspräsidenten empfohlenen Weimarer Koalition wird auch der vom größten Optimismus beseelte Sozialdemokrat die gestrige Zentrumskundgebung nicht auslegen können. Im Gegenteil hören wir von gutunterrichteter Seite, daß der Zentrumsvorstand, der sich — wenn man das auch aus den oben angeführten Gründen offiziell nicht zugeben will — natürlich doch mit der Regierungsfrage eingehend beschäftigt hat, dabei die Weimarer Koalition überhaupt nicht in den Bereich der Möglichkeit gezogen habe.

*

Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist von seiner schweren Krankheit soweit wieder hergestellt, daß er gestern den volksparteilichen Abgeordneten Dr. Kempkes zu einer längeren politischen Unterredung empfangen konnte.

Aus einer Aeußerung der dem Minister nahestehenden „Täglichen Rundschau" geht übrigens hervor, daß Dr. Stresemann vorgestern Herrn Löbe zu verstehen gegeben hat, er habe nicht die Absicht, sich für seine Person als „Fachminister" an einer Regierung der Weimarer Koalition zu beteiligen.

Zusammentritt der demokratischen Reichstagsfraktion.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei ist auf Dienstag, den 12. Juni, vormittags 10 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht unter anderem Wahl des Fraktionsvorstandes und Erörterung der politischen Lage.

Das endgültige Wahlergebnis

Keine Veränderung der gemeldeten Reichstagsmandate.

Nach dem nunmehr vom Reichswahlleiter veröffentlichten endgültigen Gesamtergebnis der Wahlen zum Reichstag vom 20. Mai d. J. haben von 41 295 102 Stimmberechtigten 31 145 308 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Die Wahlbeteiligung beträgt mithin 75,4 Prozent. Von den abgegebenen Stimmen waren 30 724 478 gültig, 420 830 ungültig. An der Verteilung der Mandate hat sich gegenüber dem vorläufigen amtlichen Gesamtergebnis nichts geändert.

Danach erhielten an Mandaten: SPD. 152, NDVP. 73, Ztr. 62, DVP. 45, KPD. 54, DD. 25, BVP. 16, NP. d. Dt. Mittelst. (W. P.) 23, Natl. Soz. d. Ap. 12, Dt. Bauernp. 8, Landbund 3, Christl. nl. Bauern- u. Landvolk-P. u. Dt. Hann. P. 13, Volksrechts-P. 2, Sächs. Landvolk 2, zusammen 490 Mandate.

Der Zusammentritt des Landtags.

Zur endgültigen Festsetzung des Wahlergebnisses in Preußen hat gleichfalls gestern nachmittag eine Sitzung im Statistischen Landesamt stattgefunden. Das endgültige Ergebnis wird, wie wir hören, am Sonnabendabend im „Reichsanzeiger" veröffentlicht werden. Erst nach dieser Veröffentlichung wird das preußische Staatsministerium den formellen Beschluß über den Zeitpunkt der Einberufung fassen. Als materieller Beratungsstoff stehen zunächst die Vorlage über den Anschluß Waldecks an Preußen, die Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz und die Gegenstände, die vom Staatsrat noch an den Landtag kommen, zur Erledigung.

Der Preußische Staatsrat soll am 19. Juni eine Sitzung abhalten. Sollte der Landtag, wie in Aussicht genommen ist, bereits am 8. Juni seine Beratungen beginnen, so wird der Staatsrat vielleicht schon vor dem 19. Juni zusammentreten.

Tschangtsolin räumt Peking.

Errichtung eines vorläufigen Regierungsausschusses.

Tokio, 1. Juni.

Wie Telegramme aus Peking belagen, hat Marschall Tschangtsolin die Vertreter der auswärtigen Mächte informiert, daß er binnen kurzem Peking räumen werde und alle Dispositionen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nach der Räumung getroffen habe.

Eine telegraphische Meldung von Tientsin bestätigt, daß General Tschangtsungtschang den Befehl zum allgemeinen Rückzug der an der Bahnstrecke Tientsin—Pukow stehenden Nordarmee gegeben hat.

Amtliche Telegramme, die in London aus Peking eingegangen sind, verstärken den Eindruck, daß die militärischen Berater Tschangtsolins beschlossen haben, sich aus den Stellungen, die Peking decken, zurückzuziehen und allmählich nach der Mandschurei zurückzugehen. In London rechnet man daher damit, daß der Einzug der Nationalisten in Peking sich ohne größere Gefechte abspielen und daß daher etwaige Störungen des täglichen Lebens auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden könnten. Ein Telegramm der „Evening News" aus Tokio bestätigt diese Auffassung. In Peking fanden Versuche zur Errichtung eines vorläufigen Regierungsausschusses statt, der unter Tuanfsinui stehen soll. Die Nordarmee ist, nach derselben Quelle, an der Peking-Hankau-Eisenbahnlinie vollkommen zusammengebrochen, sodaß der Einzug der Südtruppen in Peking innerhalb der nächsten Tage erwartet wird.

„Evening News" berichtet aus Tokio, daß nach zuverlässigen Berichten aus Peking Marschall Tschangtsolin endgültig beschlossen habe, abzudanken, und daß eine amtliche Mitteilung in diesem Sinne erwartet werde. Tschangtsolin soll schon am Sonnabendabend Peking verlassen.

Tschiangkaischek bereitet den Einzug vor.

Marschall Tschiangkaischek hat den japanischen Gesandten in Peking um die Entsendung einer japanischen Delegation ersucht, damit der Einzug der südchinesischen Truppen in Peking besprochen werden kann. Der Gesandte hat geantwortet, daß ein Mitglied der Gesandtschaft zu diesen Besprechungen zur Verfügung stünde, wenn Tschiangkaischek vorher für die Mißachtung der japanischen Flagge vor einigen Wochen eine Entschuldigung ausgedrückt hätte.

Wie später gemeldet wird, hat sich der Militärattaché der japanischen Gesandtschaft in Peking zum General Yen begeben, um diesem die Vorschläge für die Besetzung Pekings zu übermitteln. Die Besetzung der Stadt müsse demnach im Einverständnis mit dem japanischen Oberbefehl erfolgen. Die am besten disziplinierten 6000 Mann der Südtruppen werden in Peking einquartiert. Der Rest verbleibt außerhalb der Stadtgrenzen. Das Betreten des diplomatischen Viertels ist verboten.

*

— 120 Kommunisten vor dem japanischen Kriegsgericht. Wie aus Tokio gemeldet, werden nach Angabe der Staatsanwaltschaft 120 Kommunisten zur Verantwortung gezogen werden, die Umsturzversuche unternommen hatten. Die verhafteten Kommunisten versuchten u. a. die Truppen, die nach China gingen, am Abtransport zu hindern und sollen deswegen dem Kriegsgericht übergeben werden.

— Massenverhaftungen von Polen in Sowjetrußland. Der Warschauer „Glos Prawdy" erhält aus Moskau die Meldung, daß in den letzten Tagen in Sowjetrußland zahlreiche Verhaftungen von Polen stattgefunden haben. In den Gefängnissen in Minsk sollen sich nicht weniger als 111 polnische Gefangene befinden.

Anschluß-Aengste.

Benesch-Deutungen in Paris und London.

Vor einigen Tagen erzählte ein französischer Professor den Berlinern in einem Vortrage, daß man sich hier vielfach von der Charakter-Einstellung des Franzosen ein völlig falsches Bild mache. Er gebe sich gar zu gern forschkritisch und radikal, denke aber im Grunde durchaus konservativ; er sei gar zu leicht von der Stunde zu beeinflussen, kehre aber letzten Endes immer wieder zu seiner ursprünglichen Einstellung zurück, für die er dann um so hartnäckiger eintritt. Das zeigt sich in seinem persönlichen Verhältnis ebenso wie in politischen Dingen. Immer, wenn man nach der öffentlichen Stimmung (mehr oder weniger beeinflußt) dort einen Linkskurs erwartete, trat das Gegenteil ein, weil eben trotz aller sozialistischen Gedanken zuletzt der gekennzeichnete französische „Individualismus" den Ausschlag gibt, der mehr als anderswo am Bestehenden festhält. Und wenn man diese Eindrucksgen des Pariser Professors, der uns Frankreich verständlich machen wollte, weiter verfolgt, wird manches klar, was außenpolitisch uns vielfach als Widerspruch erschien. Man spricht in Paris gern von Locarno und Verständigung, meint aber damit Sicherung und Kompensationen; man gibt sich mit Vorliebe pazifistisch und stellt dann im Kriegsächtungspakt „Vorbehalte", die im Grunde genommen die Gegenseitigkeitsverträge im Kriegsfall voll aufrechterhalten; man feiert den Völkerbund als Friedenssicherung Europas und weiß doch sehr gut, daß er bisher meist nichts anderes bedeutete als das Organ Frankreichs und seiner Trabanten, daß er aber zur Machtlosigkeit verurteilt ist, wenn es sich ernsthaft darum handelt, diese französische Vorherrschaft beeinträchtigen zu wollen.

Man wurde wieder an all diese Dinge erinnert, als sich in diesen Tagen in der französischen Presse Auslassungen mit dem Besuch des tschechischen Außenministers Dr. Benesch in Berlin und den hierbei stattgefundenen „wichtigen politischen Auseinandersetzungen" beschäftigten. Benesch war auf der Rückreise von Paris und London nach Berlin gekommen. Einerseits nahm man an, daß er durch die herausfordernde Politik Mussolinis gegen die Kleine Entente zu diesen politischen Reisen veranlaßt war und gab ihm in Paris und London dieserhalb einige Beruhigungspillen; andererseits aber war man dort verwundert, daß er es noch für notwendig fand, diese Besprechungen in Berlin fortzusetzen, wenn auch nicht mit dem erkrankten Außenminister Stresemann, so doch mit seinem Stellvertreter von Schubert. Und nun geht es mit den Deutungen los, was denn eigentlich in den Berliner Geheimkonferenzen ausgeheckt worden ist.

Die Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland war von jeher ein Schreckgespenst für Frankreich; die Angleichsbemühungen auf dem Gebiete des Rechts, des Verkehrs usw., wie sie in letzter Zeit glücklicherweise mit Erfolg betrieben und damit das Zusammengehörigkeitsgefühl der deutschen Stammesbrüder hüben wie drüben noch verstärkten, haben die Pariser Aengste noch vermehrt. Und das Gegenmittel, das eine Zeitlang auf das eifrigste propagiert wurde, die vielgepriesene Donauföderation, scheint immer mehr an Anziehungskraft nachzulassen. Oesterreich ist in Wahrheit das schwerleidendste Land Europas geworden; durch das „Friedens"-Diktat hat man ihm die Kornkammer Ungarn genommen, das böhmische Industriegebiet geraubt, die Verbindung nach dem Balkan beseitigt — kurz, überall die Lebenskraft dem Lande entzogen, das nunmehr nicht leben und nicht sterben kann. Die Donauföderation sollte Wirtschaftsbesserung auch für Oesterreich erwarten lassen, die aber ein zweischneidiges Schwert sein würde: Oesterreich würde damit noch mehr Verpflichtungen gegenüber den bevorzugten Nachbarländern erhalten, ohne praktisch fühlbare Vorteile oder Erleichterungen entgegennehmen zu können, weil ihm eben durch das Abschneiden seiner einstigen Produktionsgebiete in landwirtschaftlicher und industrieller Hinsicht die Möglichkeit zur Ausnutzung einer solchen Wirtschaftsföderation von Grund auf genommen ist. Auf diese Weise, d. h. unter Ausschluß Deutschlands, läßt sich ein Aufbau des neuen Mitteleuropas wahrhaftig nicht durchführen. Das scheint man neuerdings auch in Prag zu erkennen; der Plan einer Donauföderation im französischen Sinne ist heute in den Hintergrund gedrängt.

Was wollte nun aber Benesch in Berlin? Diese Frage klingt aus allen Pariser Presseäußerungen heraus. Und der „Temps" drückt ganz offen seine Besorgnis darüber aus, ob die Berliner Reise Beneschs ihm nicht bei seinen Freunden schaden werde. In mehr oder weniger deutlichen Worten wird dann zum Ausdruck gebracht, daß man beunruhigt sein müsse, wenn es zutrifft, was hier und da über die Berliner Konferenzen laut wird, wonach z. B. auch Tragen berührt habe, die über die Be-